
Pressekonferenz zum SVP-Inserat Donnerstag, den 22.2.2007

Die Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich, **VIOZ**, ist völlig entsetzt über die Inseratekampagne der SVP der letzten Tage. Wir protestieren gegen diese Art der Politik auf Kosten der Muslime. Diese Inserate tragen nicht zum sozialen Frieden bei. Im Gegenteil; sie schüren Ängste, festigen Vorurteile, vermitteln falsche Bilder und malen fiktive Gefahren bei den einfachen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Wir distanzieren uns von Pauschalisierungen, blinden Verallgemeinerungen und diffusen Unterstellungen. Diese belasten die zwischenmenschlichen Beziehungen mit den Muslimen und gefährden somit das friedliche Zusammenleben. Es ist unzumutbar, dass solche Kampagnen die Mehrheit der Bevölkerung verunsichern und sie dazu verleiten, in jeder Muslimin und in jedem Muslim eine Gefahr zu sehen.

Wir sind davon überzeugt, dass es sich nicht mit dem sozialen Gewissen und der Sozialethik vereinbaren lässt, auf diese Weise eine Minderheit aus der Gesamtheit der Gesellschaft herauszugreifen und zu marginalisieren.

Wir sind auch völlig davon überzeugt, dass diese Haltung, Religion und Politik zu vermengen, nicht den schweizerischen Grundwerten entspricht. Im Gegenteil; sie steht in krassem Widerspruch zur freiheitlichen Rechtsordnung der Schweiz und der von der Verfassung garantierten Religionsfreiheit. Wir treten für die Integration ein, hoffen jedoch auf verantwortungsvolle Politiker, die das Gemeinwohl der Bevölkerung zum Ziel haben. Die Politiker sollten uns helfen, unsere Eingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern und jeden Versuch, uns auszugrenzen, verhindern.

Wir hoffen, dass die politischen Parteien sowie die Medien, ihre Verantwortung wahrnehmen und die Muslime nicht auf billige Weise zum Wahlkampfthema machen. Wir denken, dass dieser Missbrauch der Religion moralisch nicht vertretbar ist und soziale Verantwortung an erster Stelle steht.

Wir setzen auf Dialog und gegenseitige Achtung und unterstützen die friedliche, schweizerische Gesellschaftsordnung. Wir wurden zum Teil hier geboren (darunter auch SchweizerInnen, die zum Islam konvertierten), gehen zur Schule, schliessen eine Lehre oder ein Studium ab, gehen hier unserer Arbeit nach, bezahlen unsere Steuern, leisten hier Militärdienst, gründen hier Familien – bis schliesslich auch unsere Zeit kommt, dass wir hier zu Grabe getragen werden.

Die VIOZ hat bereits im Juni 2005 in einer Grundsatzklärung festgehalten, für welche weiteren Werte sie sich einsetzt. Diese Grundsatzklärung ist öffentlich und kann unter www.vioz.ch im ganzen Wortlaut nachgelesen werden.

Medienkonferenz von VIOZ, AL, CVP, EVP, Grüne und SP

Zürich, 22. Februar 2007

„Mehr Schweiz“: Toleranz statt Pauschal-Verurteilung

Von Niklaus Scherr, Vorstand Alternative Liste (AL)

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Mörgeli&Schlüer-Partei spielt nicht auf den politischen Gegner, sondern macht Wahlkampf auf dem Buckel einer Minderheit, die weit gehend zum Schweigen verurteilt ist und sich kaum zu wehren wagt. Und sich nur in seltenen Fällen mit dem Stimmzettel wehren kann. Darum sitze ich heute mit den anderen Parteivertretern hier vor Ihnen, um diesen Menschen eine Stimme zu geben.

„Islamische Bevölkerung + 1560%“ und betende Muslime auf dem Bundesplatz. Titel und Bild signalisieren unmissverständlich, dass von diesen Menschen und der Zunahme ihrer Präsenz eine schwere Bedrohung und Gefahr ausgeht. Zwar weist der Begleittext darauf hin, dass es auch nette, „gut integrierte Ausländer“ gibt; aber das hat etwa den Stellenwert des Kleingedruckten in einer Packungsbeilage und erinnert fatal an die Bekenntnisse von Antisemiten, dass sie auch nette Juden kennen.

Mit dem Inserat wird eine ganze Bevölkerungsgruppe pauschal verunglimpft, verurteilt und ausgegrenzt. Stellen Sie sich vor, der Titel würde lauten: „Jüdische Bevölkerung + 1560%“: ein Aufschrei der Empörung würde durch den Blätterwald und die Leserbriefspalten gehen. Wenn Sie das Inserat so verfremden, können Sie ermessen, wie heftig der Angriff auf diese religiöse Minderheit ist und wie heftig er auch von dieser erlebt wird.

Die SVP „kämpft für schweizerische Werte“ und „mehr Schweiz“, heisst es im gleichen Inserat. Ich auch. Aber meine Werte heissen Respekt und Toleranz.

Medienkonferenz von VIOZ, AL, CVP, EVP, Grüne und SP
Zürich, 22. Februar 2007

Steht die SVP ein für die Demokratie?

Von Dr. Markus Arnold, Präsident der CVP des Kantons Zürich

Es gilt das gesprochene Wort!

So lautet eine Behauptung im Inserat der SVP. Gleichzeitig nimmt diese Partei für sich in Anspruch, sich als einzige Partei konsequent gegen die Ausbreitung des Islams einzusetzen. Um den Widerspruch auf den Punkt zu bringen: Die SVP setzt sich als einzige Partei konsequent gegen die Ausbreitung des Islams ein. Darum ist sie gegen die Religionsfreiheit. Das wiederum beweist, dass die SVP einsteht für die Demokratie.

Ich nehme an, dass dieses Inserat rein formal keine Gesetze übertritt. Was aber eklatant verletzt wird, ist der Geist jeder Verfassung, welche Toleranz in weltanschaulichen und religiösen Fragen in ihrem Grundrechtskatalog verankert, Dies gilt insbesondere auch für die neue Zürcher Verfassung, welche neben den Grundrechten der Bundesverfassung insbesondere den Schutz vor Diskriminierung ausweitet (Art. 11). Der Gedanke der gegenseitigen Toleranz kommt auch in den Grundlagen in Artikel 7 zum Ausdruck: „Kanton und Gemeinden schaffen günstige Voraussetzung für den Dialog zwischen Kulturen, Weltanschauungen und Religionen.“

Dass dies für alle Beteiligten gilt, versteht sich von selbst. Niemand darf im Namen des Toleranzgedankens Toleranz für die eigene Intoleranz fordern. Das gilt für alle religiösen Gemeinschaften in unserem Staat, auch für muslimische. Das gilt aber auch für alle anderen weltanschaulichen Gruppierungen, wie politische Parteien Es gilt auch für die SVP, welche diesen Artikel im Verfassungsrat vehement bekämpft hat.

Wer sich der Demokratie, wie sie in unseren Verfassungen zum Ausdruck kommt, verpflichtet fühlt, wird angesichts dieses Inserates nachdenklich und besorgt. Implizit wird darin ein unsinniger Gegensatz zwischen Schweizer und Muslim konstruiert. Es hat im 19. Jahrhundert Tendenzen im Kulturkampf gegeben, den Katholiken die Fähigkeit abzusprechen, gute Schweizer sein zu können. Die leidvollen Erfahrungen des 20. Jahrhundert haben uns gelehrt, dass Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Religionszugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einem Staatswesen als Bürgerin und Bürger klar unterschieden werden müssen und nie vermengt werden dürfen. Dies kann zum Einfallstor für Rassismus und totalitäres Denken werden. Dieses Einfallstor hat die SVP mit ihrem Inserat mutwillig geöffnet. Wehret den Anfängen!

Medienkonferenz von VIOZ, AL, CVP, EVP, Grüne und SP
Zürich, 22. Februar 2007

Bedeutung des Religionsfriedens

Von Dr. Peter Schäppi, Präsident der EVP des Kantons Zürich

Es gilt das gesprochene Wort!

Im Laufe der Geschichte hat es verschiedene Konzepte gegeben, wie Religionen miteinander umgehen:

- territoriale Abgrenzung: Dieses archaische Territorialprinzip beherrschte die Schweiz und Europa nach der Reformation während Jahrhunderten – mit mässigem Erfolg. Es beherrscht heute noch den Islamismus – und die SVP
- ein gleichgültiges Nebeneinander : Dieses Multi-Kulti-Modell der Beliebigkeit gewährleistete den Religionsfrieden in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz zumindest oberflächlich ganz leidlich, brachte aber auch Werte ins Wanken
- ein gelebtes Miteinander unter der Garantie der Religionsfreiheit: Dieses Modell räumt nicht nur der Leitkultur und ihrem religiösen Bekenntnis (öffentlichen) Raum zur Betätigung ein, sondern spricht diesen auch den Minderheiten zu. In der praktischen Umsetzung ist es das schwierigste.

Verfassungsrechtlich ist der Religionsfriede durch die Religionsfreiheit und die mit ihr zusammenhängenden Freiheitsrechte (Meinungsäusserungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Kultusfreiheit, Baufreiheit usw.) in der Schweiz fraglos gewährleistet. Rechtlich ist der Religionsfriede gesichert, es besteht kein Handlungsbedarf.

Wesentlich schwieriger ist die praktische Umsetzung:

- Warum soll z.B. die Baufreiheit just dann nicht gelten, wenn es um ein Minarett geht? Sonst sind der Phantasie der Architekten keine Grenzen gesetzt! Angst vor territorialen Ansprüchen des Islam? Klar nicht tolerierbar wäre dagegen ein Gebetsruf vom Minarett.
- Wie steht es mit der Integrationspflicht? Muslime sind häufig ausländische Staatsangehörige. Von ihnen erwarten wir zu Recht eine Anpassung an unsere Sprache, Sitten und Gebräuche – nicht aber zwangsweise einen Übertritt zum Christentum.

-
- Wie steht es mit den Kleidervorschriften? Wir tolerieren jede Mode – warum nicht auch Kopftücher? Aus Angst vor territorialen Ansprüchen des Islam?
 - Oder der Schwimmunterricht: Der Lehrplan der Volksschule muss für alle Kinder gelten.
 - Und schliesslich die Stellung der Frau: an der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau lassen wir nicht rütteln – kulturell geprägte Rollenbilder müssen wir dagegen nicht zwangsweise ändern; das überlassen wir dem Wettbewerb.

Gehört zur Garantie des Religionsfriedens durch Religionsfreiheit auch Gegenrecht in islamischen Ländern? Religionsfreiheit ist ein allgemeines, international gültiges Menschenrecht. Wir fordern sie daher auch von den islamischen Ländern ein. Gegen die Verfolgung christlicher Minderheiten werden wir uns stets konsequent zur Wehr setzen. Den Muslimen unter uns gewährleisten wir die Religionsfreiheit jedoch unabhängig davon, ob sie in ihren Herkunftsländern auch garantiert wird. Wir erwarten von ihnen aber, dass sie uns im Einsatz für die Religionsfreiheit der Christen in muslimischen Ländern aktiv unterstützen!

Medienkonferenz von VIOZ, AL, CVP, EVP, Grüne und SP
Zürich, 22. Februar 2007

Die Sündenböcke wechseln – die Sündenbockpolitik bleibt

Von Balthasar Glättli, Co-Präsident Grüne des Kantons Zürich

Es gilt das gesprochene Wort!

«Die passen nicht zu uns.» Auf diesen einfachen Nenner lässt sich die jüngste Debatte in der Ausländerpolitik zusammenfassen. Die Anlässe dafür sind beliebig: Ob es sich um den Islam schlechthin oder nur um den Bau von Minaretten handelt, um Zwangsehen oder um den angeblich überdimensionierten Ausländeranteil an der «steigenden Jugendgewalt» – auf all dies wird nur mit der Frage reagiert: Sind die betroffenen Personen und Gruppen aus «fremden Kulturen» noch integrierbar? Und Muslime, der momentane «Name» für «Fremde», sollen das offenbar aus Prinzip nicht sein.

Der Name für die «Fremden» wechselt. Die Fremdenfeinde zu Schwarzenbachs Zeiten stellten den Italiener, den «Tschingg» systematisch als kulturell minderwertig und nicht integrierbar dar – heute gehören Pizza und Pasta zum Betty Bossy - Standart. Das Gleiche geschah systematisch in den achtziger Jahren mit den in die Schweiz geflohenen Tamilen – heute werden sie als «Schweizer des Nahen Ostens» bezeichnet und ihre Arbeit geschätzt. Heute sind es nun systematisch die Muslime, die als Sündenböcke ihren Kopf hin halten müssen.

Ich stelle fest: die Sündenböcke wechseln – die Sündenbockpolitik bleibt. Weil Angst machen einfacher ist als an konstruktiven Lösungen zu arbeiten.

P.S: Niemand will behaupten, es gebe keine Gewalt oder Zwangsehen seien ein wünschenswerter Zustand. Und möglicherweise kann ein regelmässig lärmender Turm (ob Minarett oder Kirchturm) selbst religiöse Menschen stören. Die sture Umdefinition realer Probleme und Auseinandersetzungen in rein kulturelle und religiöse Konflikte verwandelt jedoch jede politische Herausforderung in ein simples «Ausländerproblem» und stellt dieses als «unserer Gesellschaft äusserlich» dar. Fragen des Zusammenlebens werden nicht thematisiert als Herausforderungen *unserer* Gesellschaft, sondern als Einbruch des Fremden.

Medienkonferenz von VIOZ, AL, CVP, EVP, Grüne und SP
Zürich, 22. Februar 2007

Einstehen für Muslime heisst einstehen für die Schweiz

Von Peter Kyburz, Generalsekretär der SP des Kantons Zürich

Es gilt das gesprochene Wort!

Während der Vorbereitung auf diese Medienkonferenz wurde ich gefragt, ob es sinnvoll sei, reflexartig auf die Inserate der SVP zu reagieren. Diese Frage stellten wir uns auch. Es geht aber heute nicht um eine Reaktion auf die SVP, sondern um unseren Einsatz für eine Schweiz, die ihre Grundrechte ernst nimmt und sorgsam mit ihnen umgeht. Es geht um ein klares Zeichen an die muslimischen EinwohnerInnen unseres Landes, dass nicht alle politischen Kräfte auf ihrem Buckel Wahlkampf machen, sondern sie und ihre Religion respektieren.

Es geht heute auch nicht um die von der FDP befürchtete „Gut-böse-Debatte“ von Multikulti-Romantikern. Wer meint, mit einer einzigen Podiumsdiskussion sei Mut und Konstruktivität bewiesen und das reiche dann aus, unterschätzt sowohl die Problematik als auch die Gefahr der SVP-Strategie.

Unsere Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Für viele dieser Rechte musste lange und hart gekämpft werden. Sie bilden die Basis unseres Landes, unseres Konzeptes für ein friedliches und konstruktives Zusammenleben, welches Minderheiten respektiert und – trotz aller Selbstverständlichkeit sei es hier nochmals gesagt – uns allen auch Regeln auferlegt, an welche wir uns halten.

Wenn alle Angehörigen einer Religion pauschal ausgegrenzt werden, dann braucht es Menschen, Parteien und Organisationen, die laut und deutlich Nein sagen. Da braucht es den Mut zu einer Grundhaltung, die über den „Mut“ einer Wahlveranstaltung hinaus geht. Hier geht es um unsere Heimat – so wie wir sie verstehen. Wenn wir eines Tages zu solchen grundsätzlichen Fragen nichts mehr sagen, dann kann man uns zu recht als heimatmüde bezeichnen.